



Interview mit Thomas Kutschaty

Die Pandemie beherrscht mit ihren Themen die gesamte Medienlandschaft. Angesichts der vielen Pannen bei der Impfstoffbeschaffung, der damit verbundenen Logistik und der Unzufriedenheit bei den betroffenen Menschen, ist dies auch nicht verwunderlich. Die Situation zu verbessern, ist sicherlich Aufgabe aller politischen Akteure. Es geht aber auch um weitere politische Aufgaben - um Inhalte und Programme - die nicht nur kurzfristig angelegt sind - um eine lebendige Politik, die auf Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürger stößt und Zuversicht vermittelt. Mit **Thomas Kutschaty**, Oppositionsführer und Kandidat für den nordrheinwestfälischen SPD-Landesvorsitz wollen wir, aus Sicht der **Arbeitsgemeinschaft 60 plus in NRW**, einige Themen in diesem Interview besprechen.

Die durchschnittlichen Eigenanteile für eine stationäre Pflegeunterbringung sind je Bundesland sehr unterschiedlich. NRW liegt bei den Kosten an der Spitze. Woran liegt das? Und wie lassen sich die Kosten senken?

Diesen unrühmlichen Platz hat Nordrhein-Westfalen leider schon lange. So lag im Juli 2020 der zu zahlende Eigenanteil an den Pflegekosten in NRW bei 818 Euro, die Kosten für Unterkunft und Verpflegung bei 1.036 Euro und die Investitionskosten bei 551 Euro. Das macht zusammen mehr als 2.400 Euro, die von Betroffenen monatlich getragen werden muss. Bundesweit zahlen Pflegebedürftige im Schnitt fast 20 Prozent weniger. Sachsen-Anhalt hat mit 1.436 Euro den niedrigsten Satz – also fast 40 Prozent weniger als an Rhein und Ruhr.

Seit dem Amtsantritt von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ist der Eigenanteil in NRW zudem um etwa 9 Prozent angestiegen. Das liegt an Gehaltsanpassungen, die ja dringend notwendig sind in dem Bereich, aber auch daran, dass die Länder gestiegene Investitionskosten nicht mehr bezuschussen. Wir brauchen noch vor der Bundestagswahl eine Pflegefinanzreform, welche die Eigenbeteiligung für die reine Pflege begrenzt.

Das wäre ein erster Schritt. Für eine wirkliche Entlastung braucht es allerdings mehr. Denn das Grundproblem bleibt: Die Pflegeversicherung ist nur eine Teilkaskoversicherung. Wir in der SPD in NRW fordern deshalb schon seit einigen Jahren eine „Pflegevollversicherung“, die alle Pflegeleistungen komplett übernimmt, damit Pflege kein Altersarmutsrisiko mehr darstellt.

Im Zuge des demografischen Wandels nimmt die ältere Generation in der Gesellschaft eine größer werdende Rolle ein. Als AG 60 plus wollen wir erreichen, dass Seniorinnen und Senioren gefragt und einbezogen werden. Seniorenvertretungen verbindlich in die Gemeindeordnung NRW und in die Kreisordnung NRW zu verankern – was ist Dein Standpunkt?

Die Bedürfnisse und Interessen älterer Menschen müssen vor Ort klar mit einbezogen werden. Deshalb war es richtig, dass wir in unserer Regierungszeit die Möglichkeit zur Gründung von Seniorenbeiräten in der Gemeindeordnung des Landes verankert haben.

Schon jetzt machen sehr viele Städte und Gemeinden von der Möglichkeit Gebrauch, einen Seniorenbeirat zu bilden, und schaffen damit eine zusätzliche Voraussetzung für eine bessere Beteiligung der älteren Generation an den kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen. Die Kompetenz, darüber zu entscheiden, ob ein Seniorenbeirat gebildet wird, liegt – aufgrund ihrer verfassungsrechtlich garantierten Organisationshoheit – bei den Kommunen. Da können wir also nicht reinreden.

Aber ich bin schon dafür, die Erfahrungen aus der Arbeit der Beiräte aus sozialdemokratischer Perspektive einmal zusammenzufassen. Die Corona-Pandemie ist auch für ihre Arbeit ein Lackmustest und die Digitalisierung bringt neue Chancen. Da könnte das Land in Form von Leitlinien, die auf den gemachten Erfahrungen beruhen, einen weiteren Schub für die Arbeit der Beiräte geben.

Der Megatrend Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche. Dieses Geschehen muss auch in der Bildungspolitik Berücksichtigung finden. Dazu brauchen wir eine Bildungspolitik mit erweiterter Sicht – nicht nur für dem Aufbau des Lernens in Schulen und Hochschulen, sondern auch eine Erwachsenenbildung, die auch ältere ArbeitnehmerInnen berücksichtigt. Wie ist Deine Meinung? Wo können die entsprechenden Stellschrauben gestellt werden?

Auf unsere Initiative hin hat sich der Landtag in einer Enquetekommission mit dem Wandel der Arbeitswelt befasst. Dabei haben wir herausgestellt: Diese Frage der lebenslangen Weiterbildung ist für die Sozialdemokratie zentral.

Lebenslanges Lernen ist altersunabhängig ein Kernelement für ein selbstbestimmtes Arbeitsleben. Deshalb muss es mehr öffentliche und auch betriebliche Weiterbildungsangebote geben, angepasst auf die sich verändernde Arbeitswelt. Diese Zukunftsorientiertheit ist wichtig, um alle in die zunehmend digitalisierte Arbeitswelt mitzunehmen.

Für die Bildung im Alter gibt es sowohl bei den Investitionen als auch gesetzlich noch viel zu tun – vor allem für die Arbeitnehmenden in NRW: Bei der Aufnahme in die Sozialgesetzbücher, in die Systeme zur Gesundheitsprävention, in die Förderung der Bildungsinfrastruktur. Das Bildungsguthaben muss als Anspruch auf das Alter ausgedehnt werden. Es muss auf klassische Lern- und Bildungsformate, aber auch auf den Erhalt von elementaren Basisfähigkeiten ausgelegt sein. Es braucht Instrumente und

Konzepte der niedrighschwelligem Lernmotivation und Bildungszugänge im Alter, über Lern-Apps, über soziale Medien und klassische Medien, über Lernclubs, Mehrgenerationenhäuser, Volkshochschulen und Stadtteilzentren.

Der Nationale Bildungsbericht muss sich der Altersbildung als Schwerpunktthema genauso widmen wie die Ständige Expertenkommission der KMK. Lernen und Bildung sind ganzheitlicher zu verstehen als bislang und dafür muss man es kontinuierlich entwickeln – für ein ganzes Leben.

Das Bremer Bestattungsrecht erlaubt unter strengen Auflagen das Verstreuen der Asche Verstorbener oder die Beisetzung der Urne auf einem privaten Grundstück. Kannst Du Dir eine Anpassung analog dem Bremer Modell auch für NRW vorstellen?

Das ist eine schwierige Frage. Wir haben 2014 im Rahmen der Novellierung des Landesbestattungsgesetzes NRW bewusst auf eine solche Regelung verzichtet.

Das Problem besteht darin: Es kann nicht sichergestellt werden, dass die Asche von Verstorbenen aus Urnen auch tatsächlich auf dem eignen Grundstück verstreut wird. Es ist ja rechtswidrig, Urnen im eigenen Haus zu platzieren. Die weiteren rechtlichen und administrativen Hürden sind zudem sehr hoch, weil zum Beispiel die Rechte der Verstorbenen gewahrt bleiben oder Eigentumsrechte bei Grundstücken geklärt werden müssten.

Die Gewerbesteuer ist die wohl wichtigste Einnahmequelle der Kommunen in Deutschland. Die Digitalisierung und der große Anteil von Dienstleistungsunternehmen in den Städten und Gemeinden erfordert hier auch neue Wege der Kommunalfinanzierung. Ist die jetzige Finanzierungssituation noch angemessen und welche Alternativen sind für Dich denkbar?

Die Kommunen in NRW laufen Gefahr, im Vergleich zu Kommunen in anderen Bundesländern abgehängt zu werden. Das liegt in erster Linie an den strukturellen Herausforderungen, denen sich unsere Städte und Gemeinden stellen müssen. Daher ist als erster Schritt ein Schuldenschnitt so wichtig.

Wir haben uns im Bund und in NRW gegen die Versuche von CDU und FDP gestemmt, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Es ist neben der Grundsteuer die wichtigste Einnahmequelle unserer Städte und Gemeinden. Und gerade in NRW brauchen die Kommunen diese Einnahmen. Es muss bei der Finanzierung der Kommunen darum gehen, die konjunkturell schwankende Gewerbesteuer zu verstetigen.

Die Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Unterkunft war ein wichtiger Schritt, nun übernimmt der Bund einen höheren Anteil an den Sozialkosten. Hier muss aber mehr passieren.

Die Anteile der Kommunen an Einkommen- und Umsatzsteuer werden über deren Anteil am erwirtschafteten Aufkommen verteilt. Das benachteiligt die ohnehin schwächeren NRW-Kommunen. Das muss sich ändern. Es muss hier mehr der Grundsatz gelten: Ungleiches ungleich behandeln.

NRW lässt viele Aufgaben durch seine Kommunen erledigen. Leistungen sollen ortsnah angeboten und an die lokalen Bedürfnisse angepasst sein. Diese Idee der Subsidiarität ist grundsätzlich richtig und begrüßenswert. Sie findet allerdings dort ihre Grenzen, wo durch die unterschiedliche Steuerkraft und damit Leistungsfähigkeit der Kommunen keine an die örtlichen Bedürfnisse angepasste Erledigung erfolgen kann, da schlicht die Ressourcen fehlen. Es braucht daher eine Diskussion darüber, welche Aufgaben von welcher Ebene erledigt werden.

Die NRWSPD will sich beim Landesparteitag für die Entwicklung einer nachhaltigen Industrie als Grundlage für sozialen, demokratischen und ökologischen Fortschritt stark machen. Wie können diese Ideen gemeinsam mit dem Klimapakt der EU dafür sorgen, dass Bürgerinnen und Bürger beim Klimaschutz stärker eingebunden werden?

Der Klimapakt der EU will, wie es die SPD schon immer angestrebt hat, ja genau das erreichen: Die Bürgerinnen und Bürger in die Maßnahmen der Klima- und Umweltpolitik einbinden.

Wir müssen bei dieser Beteiligung aber sicherstellen, dass im konkreten Fall der Klimaschutz nicht nur unter den Eliten ausgemacht wird, die sich einen Ausstieg leisten können. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten legen wir besonderen Wert darauf, dass der Übergang zu einem nachhaltigen und klimaneutralen Europa sozialverträglich gestaltet wird. Der Ausstieg aus den fossilen Energien wird von den Menschen in letzter Konsequenz nur dann akzeptiert, wenn alle Menschen ihn mitgehen können.

Beteiligung kann da entschlossenes politisches Vorgehen besser machen, aber nicht ersetzen. In der sogenannten Kohlekommission haben wir den Umstieg von der Kohleverstromung auf eine regenerative Energieversorgung maßgeblich mitbestimmt. Dieser Weg kann als Vorlage für ähnliche Bereiche gelten. Auch im Verkehrsbereich, bei der Gebäudesanierung oder in der Landwirtschaft müssen wir vergleichsweise ähnliche Herausforderungen bewältigen.

Diese Anstrengung erfordert für die SPD einen neuen Blick und einen anderen Zugang zu den sich verstärkenden ökonomisch-ökologischen Problemen. Ein politischer Diskurs, der die Trennung von Wirtschafts- und Klimapolitik weiterhin verstetigt, führt in die Sackgasse und wäre so wenig sinnvoll wie eine thematische Trennung von Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ein „Wir sind ja für Klimaschutz, aber...“ ist somit nicht nur ein fachlicher, sondern auch ein politischer Irrweg. Für uns ist es deshalb wichtig, dass Klimafragen nicht gegen soziale Fragen ausgespielt werden.

Im Zuge einer älter werdenden Gesellschaft und gleichzeitig eines sich zurückziehenden Angebotes des ÖPNV ist eine neue Verkehrspolitik. Mobilität ist für Seniorinnen und Senioren ein herausragendes Thema, vor allem bei den großen Unterschieden zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Wie wirst Du Dich hier einsetzen?

Völlig klar. Wir brauchen eine umfassende Verkehrswende. Dazu gehört die erhebliche Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs. Der ÖPNV ist gegenwärtig an seiner Kapazitätsgrenze angelangt. Seine Infrastruktur muss deutlich ausgebaut werden. Es gilt, den Investitionsstau in NRW zu überwinden. Die Kommunen sind als Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr verantwortlich. Sie allein aber sind mit dieser Aufgabe überfordert. Deshalb muss sich das Land Nordrhein-Westfalen deutlich stärker als bisher finanziell einbringen, damit wir einen zukunftsfähigen ÖPNV in Nordrhein-Westfalen bekommen. Zu einem zukunftsfähigen ÖPNV gehört die soziale Teilhabe. Wir wollen eine soziale Mobilität für die Menschen im Land. Das bedeutet, dass jede Bürgerin und jeder Bürger sich die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs auch leisten können muss.

Bei sozialer Teilhabe kommt es aber nicht nur auf vertretbare Preise an, sondern auch auf die Erreichbarkeit der Mobilitätsangebote, besonders in den ländlich geprägten Räumen des Landes. Für uns heißt die Zukunft „Mobilität als Service“. Wir wollen erreichen, dass jeder Haushalt Anschluss an die Beförderungsangebote des öffentlichen Personennahverkehrs erhält. Mithilfe der Digitalisierung können wir neue Beförderungsleistungen von der Haustür bis zum nächsten ÖPNV Haltepunkt organisieren. Davon profitieren vor allem ältere Menschen.

